



Foto: Adobe Stock/ New Africa

Sozialämter in der Kritik

Pflegeverbände schlagen schon lange Alarm: Verzögerte Antragsbearbeitung bei „Hilfe zur Pflege“ bringt Heime in finanzielle Schieflage. Ein Report-Mainz-Bericht verdeutlicht jüngst noch einmal, wie brisant die Lage für die Einrichtungen ist.

Erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf „Hilfe zur Pflege“ durch die Sozialämter bringen Pflegeheime in Deutschland immer wieder in Schwierigkeiten. Eine aktuelle Umfrage des ARD-Magazins Report Mainz unter 113 Sozialbehörden, über das auch die Tagesschau berichtete, hat ergeben, dass rund ein Drittel von ihnen mindestens sechs Monate für die Bearbeitung solcher Anträge benötigt. In einigen Fällen dauert es sogar über ein Jahr, bis eine Entscheidung getroffen wird. Besonders kritisch ist die Situation in einigen Regionen: In Berlin-Pankow müssen Antragsteller „manchmal zwei oder drei Jahre warten“, in Wilhelmshaven dauert es bei „23 Prozent der Fälle“ mehr als ein Jahr, im baden-württembergischen Tuttlingen „aktuell rund 12 Monate“ und im Landkreis Wittenberg „teilweise über ein Jahr“.

Diese Situation bringt viele Pflegeeinrichtungen in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten, da sie oft monatelang in Vorleistung gehen müssen, ohne zu wissen, ob und wann sie die Kosten erstattet bekommen. Thomas Knieling, Bundesgeschäftsführer des Verbands Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB), warnt: „Wenn die Hilfe zur Pflege als Sozialleistung über Monate – in Einzelfällen sogar über Jahre – nicht ausgezahlt wird, reißen Sozialhilfeträger tiefe Finanzlöcher auf, die viele Träger nicht mehr schließen können.“

Die Sozialämter begründen die langen Bearbeitungszeiten unter anderem mit einer steigenden Anzahl von Anträgen, Personalmangel und zeitintensiven Vermögensprüfungen. Im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf, wo die mittlere Bearbeitungszeit fast ein Jahr beträgt, arbeitet man noch mit Papierakten.

Für die Pflegeeinrichtungen sind diese Erklärungen jedoch nicht akzeptabel. Andreas Kern, Erster Vorsitzender des Bundesverbands Ambulante Dienste und Stationäre Einrichtungen (bad), kritisiert: „Es ist geradezu grotesk, mit welch überholten Methoden in den Sozialämtern oft gearbeitet wird.“

Die Verbände fordern nun schnelle Lösungen von der Politik. Kern schlägt vor, dass Sozialämter verpflichtet werden sollten, Leistungen auf Grundlage einer vorläufigen Kostendeckungszusage zu gewähren und die detaillierte Prüfung im Nachgang durchzuführen. Zudem fordert er eine Modernisierung der Verwaltungsprozesse: „Wie in der Pflege selbst, ist auch dort dafür zu sorgen, dass digitale Bearbeitungswege zum Einsatz kommen, um Anträge nicht mehr auf dem antiquierten und zeitaufwendigeren Papierweg zu bearbeiten.“

Das Problem betrifft nicht nur stationäre Einrichtungen. Auch ambulante Dienste und zu Hause versorgte Pflegebedürftige sind von den Verzögerungen betroffen. Der bad berichtete bereits 2023 von Fällen in ostdeutschen Regionen, wo Pflegebedürftige bis zu neun Monate auf eine Kostenübernahme warten mussten.

Die Situation stellt die Pflegeeinrichtungen vor eine große Herausforderung. Einerseits wollen sie die Versorgung der Pflegebedürftigen sicherstellen, andererseits gefährden die ausbleibenden Zahlungen ihre wirtschaftliche Existenz. Knieling betont: „Für Einrichtungen ist das unzumutbar und existenzbedrohend. Vom moralischen Dilemma gegenüber den Pflegebedürftigen ganz zu schweigen, wenn die Versorgung notfalls gekündigt werden muss, um die Verluste zu begrenzen.“

Neben kurzfristigen Lösungen fordern die Verbände auch langfristige strukturelle Änderungen. Kern sieht in der Einführung einer Pflege-Vollversicherung einen möglichen Ausweg: „Um die Pflegebedürftigen von den pflegebedingten Eigenanteilen zu befreien und alle pflegerischen Leistungen bedarfsgerecht und vollumfänglich abzudecken, führt an der Pflege-Vollversicherung kein Weg vorbei.“

Neben kurzfristigen Lösungen fordern die Verbände auch langfristige strukturelle Änderungen. Kern sieht in der Einführung einer Pflege-Vollversicherung einen möglichen Ausweg: „Um die Pflegebedürftigen von den pflegebedingten Eigenanteilen zu befreien und alle pflegerischen Leistungen bedarfsgerecht und vollumfänglich abzudecken, führt an der Pflege-Vollversicherung kein Weg vorbei.“

lastungen für die Einrichtungen hin: „Eine Bearbeitungszeit von neun Monaten bedeutet im konkreten Fall, dass neun Monate die Gelder fehlen, um das Personal zu bezahlen und dass ich das als Einrichtungsträger vorfinanzieren muss.“

Stefan Ebert, Geschäftsführer der Kleeblatt Pflegeheime, bezeichnet die Situation als „ge-

lastungen für die Einrichtungen hin: „Eine Bearbeitungszeit von neun Monaten bedeutet im konkreten Fall, dass neun Monate die Gelder fehlen, um das Personal zu bezahlen und dass ich das als Einrichtungsträger vorfinanzieren muss.“

Stefan Ebert, Geschäftsführer der Kleeblatt Pflegeheime, bezeichnet die Situation als „ge-

lastungen für die Einrichtungen hin: „Eine Bearbeitungszeit von neun Monaten bedeutet im konkreten Fall, dass neun Monate die Gelder fehlen, um das Personal zu bezahlen und dass ich das als Einrichtungsträger vorfinanzieren muss.“

Stefan Ebert, Geschäftsführer der Kleeblatt Pflegeheime, bezeichnet die Situation als „ge-

Die Einrichtungen wollen die Menschen unabhängig vom Geldbeutel versorgen, aber auch ihre Existenz sichern.

sellschaftlichen Skandal“. In einem LinkedIn-Beitrag schreibt er: „Dass pflegebedürftigen Menschen in Deutschland mit dem Rauswurf aus dem Heim gedroht wird, weil Anträge auf ‚Hilfe zur Pflege‘ monatelang – teils über ein Jahr – unbearbeitet bleiben, ist inakzeptabel.“ Ebert fordert konkrete Maßnahmen: „Was wir brauchen, sind keine warmen Worte oder Prüfaufträge, sondern digitalisierte und beschleunigte Antragsverfahren, mehr Personal in den Sozialämtern, klare Fristen für die Bearbeitung und eine staatliche Garantie, dass kein Mensch wegen verzögerter Antragsbearbeitung sein Zuhause im Heim verliert.“ (ck)

Zum Beitrag von Report Mainz: <https://vinc.li/antragsstau>

Pflegemarkt erholt sich wieder

Investor:innen sehen neue Chancen für 2025

Stabile Refinanzierung, hohe Nachfrage und innovative Technologien prägen den deutschen Pflegemarkt im Frühjahr 2025. Das zeigt eine aktuelle Umfrage unter Pflegeheimbetreibern, die das Beratungsunternehmen Christie & Co durchgeführt hat.

Nach einer Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit Insolvenzen und Marktaustritten hat sich der Pflegemarkt laut Christie & Co deutlich stabilisiert. Die befragten Betreiber melden eine konstant hohe bis steigende Nachfrage nach vollstationären Pflegeplätzen. In ländlichen Regionen entstehen teilweise bereits Wartelisten, berichtet das Beratungsunternehmen. Die Refinanzierung über Pflegesätze und Investitionskostenzuschüsse wird von den Betreibern als kostendeckend eingeschätzt. Auch das Zahlungsverhalten öffentlicher Kostenträger verbessert sich allmählich, wenngleich es bei Sozialhilfeträgern noch zu Verzögerungen kommt.

Der Fachkräftemangel bleibt laut der Umfrage eine zentrale Herausforderung. Einige Betreiber reagieren darauf mit eigenen Springerpools, modernen Recruiting-Tools und internationaler Personalsuche. Die Ausbildungsbereitschaft steigt besonders in Einrichtungen mit gutem Ruf. Bei der Digitalisierung setzen die Betreiber verstärkt auf Eigeninitiative. Zum Einsatz kommen laut Christie & Co unter anderem Sprachdokumentation, KI-basierte Sturzerkennung und automatisierte Abrechnungssysteme. Diese Innovationen sollen den anhaltend hohen bürokratischen Aufwand kompensieren.

Neben der klassischen Pflege rückt das Service-Wohnen stärker in den Fokus. Die Betreiber sehen laut Christie & Co besonders bei Konzepten Potenzial, die Wohnangebote mit umfassenden Service-, Pflege- und Freizeitkomponenten verbinden. Der Trend gehe zu flexiblen Wohnformen mit modularem Leistungsangebot. „Die Betreiber passen sich an, Innovationen gewinnen an Dynamik“, sagt André Schäfer, Consultant Healthcare Germany bei Christie & Co. Für Investoren ergeben sich dadurch neue Perspektiven – sowohl bei Bestandsimmobilien mit Entwicklungspotenzial als auch bei Neubauprojekten. (ck)

Zwei Pflegeheime vor dem Aus

Wirtschaftlicher Druck durch Sanierung

Auch wenn der Pflegemarkt sich grundsätzlich erholt (siehe Meldung oben), kämpfen noch viele Einrichtungen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Insbesondere dann, wenn eine teure Sanierung erfolgen müsste.

Wie der Lahrer Anzeiger und die Alfelder Zeitung berichten, müssen in Seelbach und Hildesheim Pflegeheime geschlossen werden – mit zum Teil weitreichenden Folgen für Bewohner:innen und Personal. In Seelbach (Baden-Württemberg) wird das Seniorenheim Sankt Hildegard Ende 2025 seine Pforten schließen. Der Caritasverband Lahr sieht sich laut Lahrer Anzeiger gezwungen, die Einrichtung aus wirtschaftlichen Gründen aufzugeben. „Bis zu vier Millionen Euro“ müssten investiert werden, um Brandschutz und andere Auflagen zu erfüllen, wird Vorstandsmitglied Mireille Ochalek-Starzetz zitiert. Diese Summe sei „in absehbarer Zeit nicht refinanzierbar“. Für die 40 Bewohner:innen und knapp 60 Angestellten plant der Verband einen Umzug in den Neubau des Seniorenheims Sankt Marien in Ettenheim. Dieser soll bis Jahresende bezugsfertig sein und deutlich mehr Kapazitäten bieten.

In Hildesheim (Niedersachsen) trifft es die Betroffenen noch härter. Wie die Alfelder Zeitung berichtet, will der Betreiber Vitanas sein Pflegeheim in der Harlessemstraße bereits Ende Oktober, spätestens aber Ende Dezember schließen. Die Nachricht kam für alle Beteiligten überraschend. „Wir waren alle wie vom Donner gerührt“, zitiert die Zeitung Marita Schröter, deren 95-jähriger Vater in dem Heim lebt. Als Grund für die Schließung nennt Vitanas-Regionaldirektor Michael Weber-Zarft laut einem der Alfelder Zeitung vorliegenden Schreiben „erhebliche bauliche Mängel, insbesondere im Bereich des Brandschutzes und der Aufzugsanlagen“. Eine Sanierung sei wirtschaftlich nicht vertretbar. Während in Seelbach zumindest ein Alternativangebot in Ettenheim besteht, müssen die Hildesheimer Heimbewohner:innen und ihre Angehörigen selbst nach neuen Plätzen suchen. (ck)

BEARBEITUNGSZEITEN „HILFE ZUR PFLEGE“ (BUNDESWEITE UMFRAGE):

- 27 Prozent der Sozialämter: 6-12 Monate
- 5 Prozent der Sozialämter: mehr als 12 Monate
- Extremfälle (Berlin-Pankow): bis zu 3 Jahre

Quelle: ARD/Report Mainz